

Études

Andreas Donatsch,



Eliane Hiestand, Zürich

Wortlaut des Gesetzes oder allgemeine Rechtsprinzipien bei der Auslegung von Normen der StPO*

Am Beispiel der Haft und der Siegelung

Inhaltsübersicht

I. Einleitung

II. Umsetzung der Bestimmungen betreffend die Untersuchungs- und Sicherheitshaft

1. Die Rechtslage und die dazu entwickelte Praxis
 - a) Überblick über die rechtliche Regelung der Untersuchungs- und Sicherheitshaft
 - b) Die Voraussetzungen der Untersuchungs- und Sicherheitshaft im Einzelnen
 - aa) Dringender Tatverdacht
 - ab) Die Haftgründe
 - c) Die Rechtsmittel der Staatsanwaltschaft gegen die Anordnung bzw. Weiterführung der Haft
 - aa) Zulässigkeit der Beschwerde der Staatsanwaltschaft
 - ab) Die Rechtsmittellegitimation
 - ac) Verfahren im Falle einer Beschwerde des Staatsanwalts gegen die Freilassung des Beschuldigten
2. Beurteilung der Praxis des Bundesgerichts
 - a) Rechtsprechung zu den Haftgründen
 - b) Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft zur Beschwerde gegen den Entscheid des Zwangsmassnahmengerichts
 - c) Verfahren im Falle einer Beschwerde der Staatsanwaltschaft gegen den Haftentscheid des Zwangsmassnahmengerichts

III. Die bundesgerichtliche Rechtsprechung zu den Zuständigkeiten beim Entscheid über die Entsiegelung

IV. Zusammenfassende Bemerkungen zur dargelegten Praxis des Bundesgerichts

I. Einleitung

Staatsanwaltschaften und Gerichte haben beim Übergang von den früheren kantonalen Verfahrensordnungen

Document "Wortlaut des Gesetzes oder allgemeine Rechtsprinzipien bei der Auslegung von Normen der StPO" créé par Anonyme le 29.04.2024 sur zstrr.recht.ch | © Stämpfli Editions SA, Bern - 2024

zur eidgenössischen StPO – soweit sich das zurzeit beurteilen lässt – sehr grosse und in aller Regel auch qualitativ hochstehende Arbeit geleistet. Für sie war die Zeit seit dem Inkrafttreten der StPO am 1.1.2011

ZStrR 1/2014 | p. 1–17

Ce document est disponible pour les abonnés ou les clients payants par document.

S'abonner ↗

Acheter ↗

🔑 Login